

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Der Aufschrei des Finanzministers.

Der Auftakt zur Brüsseler Konferenz.

von  
Erich Lombrowski.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der seinen Gutachten vom Vorkriegsstand her, vorwiegend, vorläufig nichts im Auge verbleiben. Das Reichsministerium, vor dem ihm bedrängtes und geängstigtes Herz ausgeschüttet hat, hat ihm sein Vertrauen aus und trat seinen Vorschlägen Widergehung der Finanzen bei. Hier stand ich schon. Die schmerzliche Auslassung über seine Darlegungen ist freudig wie eine Revue von Ernst Theodor Amadeus Hoffmann, und gerade, wo man nicht wissen will, wie er denn Finanzen zu sanieren gedenkt, schlägt er einem die Tür der Nase zu. Oder soll man ernstlich daran glauben, daß vor allgemeinen Redensarten, die der Bericht verzeichnet: Veranschlagung der Steuererträge und größte Sparmaßnahme, geeignet sind, allein uns aus dem Finanzchaos zu erlösen? Gegenüber allem tüchtigen Optimismus, der dem schrecklichen Dünkel nicht ins Antlitz sehen will, muß von neuem einigen Zahlen auf die geradezu groteske Entwidlung dieser Reichsfinanzen hingewiesen werden. Dabei ist, wie einer rollenden Lavine, das immer rasender werdende Tempo von besonderem Interesse für die nächste Zukunft, wenn nicht gelingen sollte, die Lavine so rasch wie möglich aufzuhalten.

Der Stand der hundertierten Schuld:

30. Juni 1914	4,9 Milliarden Mark
31. Dezember 1918	92,2 " "
31. März 1920	91,0 " "
31. September 1920	91,0 " "

Der Stand der schwelenden Schuld:

30. Juni 1914	0,4 Milliarden Mark
30. September 1918	48,0 " "
31. März 1920	105,0 " "
31. September 1920	151,7 " "

Die phantastische Summe von 285,7 Milliarden Mark ist mir noch lange nicht am Ende unserer Schuldensituation, auch die Erklärungen des Ministers im Kabinett stehen wider von einer ganzen Reihe weiterer Kiesen aus, deren Schätzung aber gar Feststellung noch nicht einmal abgeschlossen ist.

Die Gesamtsumme des Reiches ist, wie folgt, zu berechnen:

hundertierten und schwelende Schuld	285,7 Milliarden Mark
Verbindlichkeiten an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages (Geldausgaben, Reparationen, Kriegsschuld)	181,0 " "
Wiedergutmachungsleistungen an die Entente	18,0 " "

Aus den Verkürzungen Dr. Wirths, soweit sie in den offiziellen Mitteilungen enthalten sind, geht nicht zweifellos hervor, daß ein kleiner Teil der 181 Milliarden Mark Schuldabgaben bereits in dem Etat für 1920 enthalten ist. Selbst wenn es der Fall sein sollte, hätte das nicht viel zu bedeuten, da andererseits das Sinken des Markwertes während der letzten Wochen nicht mit Veranschlagung worden ist.

Dieses Ungewißheit und Unklarheit weisen auch die von Dr. Wirth angegebenen Ziffern für den Etat auf. Das mag die folgende Gegenüberstellung zahlenmäßig illustrieren:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920

nach dem Finanzentwurf vom Ende Juli dieses Jahres:	27,7	11,6	16	55,3
außerordentlicher Vertriebsbedarf Gesamtdenkenbedarf				
nach den vorgelegten Ausführungen des Reichsfinanzministers:	39,5	37,7	18	95,2

Woher kommt, muß man ernstlich fragen, in einer Epoche von noch nicht drei Monaten, plötzlich eine Mehrforderung von 40,2 Milliarden Mark? Diese Summe, die hier so im Handumdrehen hineinfalkuliert ist, bedarf dringend der näheren Aufklärung. Sie entspricht, wie oben gesagt, ungefähr dem, was das gesamte Reichsnotensystem, also die große allgemeine Wertpapiere, erbringen sollte.

Von den Ausgaben in der Höhe von über 95 Milliarden Mark für das laufende Rechnungsjahr sind bisher notwendig, wenigstens auf dem Papier, noch nicht 40 Milliarden gedeckt. Alles andere ist ungedeckt. Der hohle vacui erlachte den Minister bei diesem Blick in den Abgrund, und er schrie auf. Er vertritt die Ausgaben zu brechen, aber neue Einnahmemeinzelheiten, soweit er auch um sich schaut, kaum offen. Selbst die teilweise Einziehung des Reichsnotensystems in Verbindung mit einer Zwangsanleihe kann das Tempo der Abwärtsentwicklung vielleicht um wenige Grade verlangsamen, aber keineswegs aufhalten. Die Notenpresse wird weiter bei Tag und bei Nacht arbeiten müssen, um das notwendige „Geld“ für die Ausgaben des Reiches zu schaffen. Die dafür hinterlegten Schatzanweisungen, weitere schwelende Kredite, sind ja nur eine langfristige Deckung.

Der Papiergeldumlauf betrug:

am 30. Juni 1914	2,7 Milliarden Mark
am 31. Oktober 1918	26,7 " "
am 28. April 1920	60,3 " "
am 15. September 1920	72,0 " "

Auch hier das selbe zunehmende Geschwindigkeit ohne Aufenthalt, nachdem der Rarren einmal den Berg abwärts zu rollen begonnen hat. Was nun? So geht es in der Tat nicht weiter. Gibt es noch ein Mittel? Ist, mit entschlossenem Griff, ein Staatsbankrott möglich? Nein. Manche Staaten wie Griechenland, Portugal, Mexiko haben früher dazu ihre Zuflucht genommen. Das heißt: sie stellten den Zinsendienst für ihre

### Das Programm der Brüsseler Konferenz.

Zum Beginn der heutigen Beratungen.

Internationale Finanzfragen. — Geld- und Valutaprobleme. — Der internationale Handel. — Keine Erweiterung des Wiedergutmachungskapitels.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten  
Paul Conrath.

Brüssel, 24. September.

Der offizielle Name der Brüsseler Konferenz ist: Internationale Finanzkonferenz. Das Programm, das nun vorliegt, aber immer noch provisorisch ist, greift in der Tat weit aus. Man hört denn auch von den Delegierten selbst der führenden Länder das Gefühl, daß sie sich über die Arbeiten, die ihnen bevorstehen, noch ziemlich im unklaren befinden. — Heute, Freitag, um 3 Uhr, wird die Konferenz eröffnet, der Bericht des vorbereitenden Ausschusses verlesen, ein Geschäftsordnungsantrag gewählt und die Geschäftsordnung selbst festgesetzt. Punkt 5 dieser Tagesordnung interessiert Deutschland nicht; er behandelt die Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter seinen Mitgliedern. Bekanntlich lebt der Völkerbund bis jetzt auf Kredit. An den folgenden Tagen wird Kapitel 2 der Beratungen verhandelt. — In kurzen Reden von nicht mehr als 15 Minuten Dauer legt jede Delegation die Finanzlage ihres Landes dar, also ihr Budget, innere und äußere Schulden, Münz- und Valutalage, Außenhandel, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Währungsangelegenheiten und die allgemeine Politik der einzelnen Regierungen auf diesen Gebieten. Das dritte Kapitel umfaßt dann die Lösungsmöglichkeiten der großen Fragen, die jetzt auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet dringend sind. Zunächst die kaalische Geldwirtschaft, Balanzierung der Staatshaushalte, Ausgabenbeschränkung, Abstützung des öffentlichen Kreditwesens, Sondermaßnahmen für die Wirtschaft, Maßnahmen für den Wiederaufbau, Unternehmungen für Nahverkehrsmittel und Verkehr, Konsolidierung schwelender Schulden, Steuererhöhungen, Kapitalabgaben und Zwangsanleihen. An dieser Stelle der Aufzählung sagt das Programm: „und so weiter“.

Dann folgen die Geld- und Valutaprobleme: Vermeidung weiterer Inflation, Gefahren weiterer Valutawanklungen, Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit der Rückkehr zu den früheren Paritäten, die Frage einer neuen Goldpolitik überhaupt, Stabilisierung des Goldwertes, ausländische Bankverrechnungen und Befreiung ausländischer Papiere, Konsolidierungsmöglichkeiten, Bekämpfung der Ursachen der Valutawanklungen, Valutakontrolle (Sind die jetzt angewandten Methoden wünschenswert und wirksam?), internationale Währung; Einsetzung einer Kommission für alle diese Probleme.

Eine ganze Problemgruppe für sich wird der internationale Handel sein. Man wird sich unterhalten über die Kriegsfolgen, über die allgemeine Tendenz und das Wesen des internationalen Handels, Aufhebung der Handelsbeschränkungen (Wie weit dürfen sie heute noch gehen? Wie weit sind sie wünschenswert?), Vorgehensbehandlung auf dem Gebiet der Preise, Exportmonopolen, Zins- und Exportmonopol, Transportfreiheit, Be-

wegungsfreiheit der Transportmittel. Ein neues, sehr wichtiges Kapitel umfaßt das wirtschaftliche und finanzielle Nachkriegswesen. Darunter fällt der Mangel an vergleichbaren Statistiken, einheitlichen Methoden der statistischen Darstellung usw. Kapitel 4 beschäftigt sich insbesondere mit den Vorschlägen zu gemeinsamen internationalen Vorhaben, wenn z. B. den Plänen zur Erleichterung des internationalen Handels, Lauswesen, „Revolving Credits“ usw., Entwürfen für Ausbringung von Handelskrediten und Regierungskrediten zu Sanierungszwecken. Zuletzt dann die große Frage der internationalen Anleihen. Über alle Fragen finden Generaldebatten statt und hierauf Kommissionsberatungen. Kapitel 5 der Geschäftsordnung wird dann die Beratung der Empfehlungen dieser Kommissionen durch das Plenum bringen.

In dem Programm, das gedruckt vorliegt, findet man zu Beginn der sachlichen Besprechungen noch gedruckt, aber später durchgeschritten, Mitteilungen des Vorsitzenden über die Wiedergutmachung und die interalliierten Kriegsschulden. Glücklichweise sind diese „Mitteilungen“ jetzt nicht mehr beabsichtigt. Sie hätten nur der Unvoreingenommenheit der Verhandlungen schwer geschadet.

Obgleich auch das breite Publikum gelernt hat, sich in den Höhen der Geld- und Finanztheorie nicht ohne Interesse zu bewegen, werden diese Besprechungen zum Teil doch allein spezieller fachlicher Art sein. Im übrigen läßt sich tatsächlich noch nicht übersehen, wie sie verlaufen werden. Fast sieht aber, daß der Völkerbund feste Beschlüsse als Resultat der Diskussionen zu erzielen wünscht und erwartet, die zwar nicht bindend sein werden, von denen aber eine große moralische Wirkung erhofft wird. Die Abstimmung wird nicht nach Delegationen, sondern von jedem einzelnen Delegierten in allen Fragen selbstständig erfolgen. Auf diese Bestimmung wird hier viel Wert gelegt. Ob die einfache Majorität ausreicht, ist noch nicht bekannt. Auch hier spielt Politik hinein. Man fürchtet in gewissen Lagern des „Zusammengens der Zentralen mit den Neutralen.“ Deutschland hat einen Vorteil über seine finanzielle und wirtschaftliche Lage eingeleitet, der ganz außerordentlich umfangreich ist.

### Eine Einladung des Völkerbundes an Deutschland.

Beratungen über den Resteverkehr.

Berlin, 24. September. (W. T. B.)

Wie wir hören, hat der Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an einer in Paris am 15. Oktober dieses Jahres beginnenden Tagung des vorläufigen Völkerbundsanknüpfes für Verkehrs- und Transportfragen übermittelt. Die deutsche Regierung hat die Einladung angenommen, und wird sich durch Delegation der beteiligten Reichsbehörden betreten lassen. Nach der Tagesordnung sollen in Paris in erster Linie die Maßnahmen beraten werden, die einer Erleichterung des internationalen Resteverkehrs, insbesondere hinsichtlich der Ausstellung direkter Fahrkarten sowie der Zeit- und Postbehandlung dienen könnten.

Staatssanleihe einfach ein, büßten zwar für eine Zeit ihr Prestige und ihren Kredit ein, aber sie konnten von neuem, meistens durch einen Afford mit ihren Gläubigern, ihre Finanzen sanieren. Diese Operation konnte nurbringen sein, weil die Gläubiger zum größten Teile Ausländer waren. In Deutschland aber ist das umgekehrt. Die Zahl unserer Auslands-gläubiger, Inhaber von Renten und Aktien, ist verschwindend gering im Vergleich zu den heimischen Gläubigern. Ein Staatsbankrott in Deutschland würde nicht nur hunderttausende, womöglich gar Millionen kleiner und mittlerer Gläubiger zur Strecke bringen, würde die meisten Gemeinde-, Provinzialverwaltungen, die Sparkassen und Banken, die ihre Läger mit Staatsanleihe und Schatzanweisungen vollgepfropft haben, finanziell vernichten und einen Wirrwarr und ein Elend herbeiführen, von dem man sich nur schwer eine Vorstellung machen kann. Das Ausland dagegen würde nicht nur hunderttausende, sondern sich auch durch die Befreiung des Ruhrgebietes und die Lebensnotwendigkeit des Eisenbahnbetriebs erhalten. Dieser Weg ist also ungangbar. Und die Devaluation, die Reform unserer Währung? Auch das hätte im Augenblick keinen Zweck. So lange es uns nicht gelingt, unseren Etat wirklich zu balancieren, so lange wir unsere Handelsbilanz nicht aktiv gestalten haben, wäre auch das ein ausichtsloser Verlust. Was nützte uns eine zwangsweise Herabsetzung unserer Papiermark auf einen bestimmten „Goldwert“, auf einen Kurs, der der Markvaluta im Ausland entspräche, so lange unser Warenimport größer ist als der Export, ohne daß wir, wie früher, durch Transporterleichterungen im internationalen Verkehr und durch zinsmindernde Auslandsanleihen die ziffermäßige Differenz ausgleichen könnten? Was hülfte uns eine Devaluation, so lange wir nicht die Mi-

liarden-Wiedergutmachungsforderungen der Entente in unser finanzielles Kalkül einstellen könnten, so lange also, alles in allem, die Valuta wie ein Schiff mit zertrümmten Segeln von Wind und Wellen auf dem Meer herumgeschleudert wird und allen Schwankungen ohne jede Gegenwehr ausgeliefert ist?

Die Zeit, an eine Währungsreform heranzugehen, ist noch nicht gekommen. Der Weg zur allnächtlichen Gesundung der Finanzen kann nur über Brüssel und Genf führen. Mit anderen Worten: es handelt sich um ein internationales Problem. Es würde zu weit führen, wenn man auseinanderlegen wollte, daß sich gleich Deutschland fast ganz Mittel- und Osteuropa in derselben, vielleicht sogar noch schlechteren Finanzlage befindet. Die finanzielle Frage kann nur im engsten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen gelöst werden. Wir sind, das muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, überhaupt kaum imstande, auf absehbare Zeit hinaus größere finanzielle Leistungen an das Ausland zu erbringen. Das gilt auch für die Wiedergutmachung. Es kann sich nur um Sachleistungen handeln. Wenn man uns aber, wie im Friedensvertrage und dann in Spaa, den größten Teil unserer Produktionsmittel: Handelsflotte, Eisenbahnmateriale, landwirtschaftliche Maschinen, Kohlen entzieht, wenn man uns selbst Oberdeutschland, die zweitwichtigste industrielle Produktionszone Deutschlands, befreit, wie sollen wir denn auch nur einen bescheidenen Teil der Sachleistungen ermöglichen?

Eine langfristige internationale Anleihe muß uns in der Stand setzen, Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen, die Zinszahlung muß uns unfertig in Warenlieferungen erfolgen. Die Wiedergutmachung muß in Sachgütern vor sich gehen. Verhandlungen mit den großen Kolonialstaaten, wie England und Amerika, müssen uns die Möglichkeit geben, unserm über-